

Bayerns Städte ärgern sich: Verpackungssteuer-Verbot trifft Kommunen!

Bayerns Städte kritisieren das Verbot einer kommunalen Verpackungssteuer; Innenminister Herrmann rechtfertigt die Entscheidung.



Bamberg, Deutschland - Bayerns Städte zeigen sich verärgert über das Verbot einer kommunalen Verpackungssteuer, das von der Staatsregierung erlassen wurde. Dieses Verbot wird als unbegründeter Eingriff in die kommunale Finanzhoheit wahrgenommen. Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des bayerischen Städtetags, äußert sich kritisch und spricht von einem Misstrauen gegenüber kommunalen Entscheidern. Er betont, dass die Verpackungssteuer ein potenzielles Mittel zur Müllvermeidung darstellt und dass Entscheidungen dieser Art besser von den jeweiligen Städten selbst getroffen werden sollten.

Städte wie Regensburg und Bamberg hatten bereits ernsthaft in Erwägung gezogen, eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen zu erheben, um die Abfallmenge zu reduzieren. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat jedoch angekündigt, dass der Freistaat dieser Steuer nicht zustimmen wird. CSU und Freie Wähler planen sogar, eine solche Steuer per Gesetz zu verbieten. Dies könnte insbesondere für Städte mit einer angespannten Finanzlage erhebliche Auswirkungen haben, wie der stellvertretende Bürgermeister von Bamberg, Jonas Glüsenkamp, bedauert.

Kritik an der Entscheidung

Glüsenkamp sieht die Verpackungssteuer als eine vernünftige Maßnahme im Kampf gegen Einwegmüll. Er hebt hervor, dass Bamberg dringend Einnahmequellen ausschöpfen müsse, um die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Das Bundesverfassungsgericht hatte erst kürzlich die Tübinger Verpackungssteuer als verfassungsgemäß erklärt, was andere Kommunen dazu angeregt hat, ähnliche Maßnahmen zu diskutieren.

Die Entscheidung der Staatsregierung stieß nicht nur bei den Städten auf Widerstand, sondern auch bei politischen Gegnern. Die Grünen im bayerischen Landtag sowie die Deutsche Umwelthilfe kritisieren die ablehnende Haltung von Herrmann. Der Innenminister begründet sein Vorgehen mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen und die Bürger sowie Betriebe nicht zusätzlich zu belasten.

Die Debatte um die Verpackungssteuer verdeutlicht den Konflikt zwischen kommunalen Verantwortlichkeiten und Landesinteressen. Viele Kommunen suchen nach Wegen, die Müllmenge zu reduzieren und gleichzeitig finanzielle Mittel zu generieren. Die Diskussion bleibt angesichts der kritischen Umweltsituation und der Notwendigkeit von nachhaltigen Lösungen jedoch weiterhin aktuell und kontrovers.

Für weiterführende Informationen zur Verpackungssteuer und zur darin liegenden Problematik verweist die Deutsche Umwelthilfe auf ihr **Hintergrundpapier zur Verpackungssteuer**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bamberg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.faz.net• www.duh.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de